

ANDREW J. BACEVICH
GRENZEN DER MACHT



**DAS ENDE DES
AMERIKANISCHEN TRAUMS?**

| Hoffmann und Campe |



Andrew J. Bacevich

Grenzen der Macht

Das Ende des
amerikanischen Traums?

Aus dem Amerikanischen
von Friedrich Giese

| Hoffmann und Campe |

Die Originalausgabe erschien 2008 unter dem Titel *The Limits of Power: The End of American Exceptionalism* im Verlag Metropolitan Books/ Henry Holt and Company, New York.

1. Auflage 2009

Copyright © 2008 by Andrew J. Bacevich

Alle Rechte vorbehalten

Copyright der deutschsprachigen Ausgabe

© 2009 by Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg

www.hoca.de

eBook ISBN 978-3-455-50133-9

Datenkonvertierung eBook: Kreutzfeldt digital, Hamburg

www.kreutzfeldt.de



HOFFMANN
UNDCAMPE

Ein Unternehmen der
GANSKE VERLAGSGRUPPE

Inhalt

Einführung: Krieg ohne Auswege?	9
1. Die Krise der Verschwendungssucht	23
2. Die politische Krise	83
3. Die militärische Krise	147
Schluss: Die Grenzen der Macht	199
Anmerkungen	215
Nachwort	229
Dank	237

Dem Andenken an meinen geliebten Sohn
ANDREW JOHN BACEVICH

First Lieutenant der U.S. Army
8. Juli 1979 – 13. Mai 2007

Bestelle dein Haus ...

2. Könige, Kapitel 20, Vers 1

Einführung:

Krieg ohne Auswege?

Das Ende des Kalten Krieges brachte den Vereinigten Staaten weder eine »Friedensdividende« noch sonst etwas, das auch nur entfernt einem Frieden glich. Auf das, was als historischer Sieg begrüßt worden war, folgten vielmehr fast sofort neuerliche Unruhen und Konflikte. Als das Patt zwischen Ost und West, das einige Historiker als »langen Frieden« bezeichnet haben, 1991 endete, waren die Vereinigten Staaten bereits auf dem Weg in ein Jahrzehnt eines beispiellosen Interventionismus.¹ In der Folgezeit gewöhnten sich die Amerikaner an Meldungen über Einsätze amerikanischer Streitkräfte, die am Persischen Golf kämpften, Bosnien und Haiti besetzten oder Kosovo, Afghanistan und Sudan aus der Luft angriffen. Doch das war, wie sich zeigen sollte, nur ein Vorspiel. Im Jahr 2001 begann das Hauptstück: ein unbefristeter »Globaler Krieg gegen den Terror«, von manchen Kreisen bald als »der lange Krieg« bezeichnet.²

Es gab durchaus Anzeichen dafür, dass auf den langen Frieden rasch Verhältnisse folgen würden, die das Gegenteil von Frieden sind, und im Rückblick erkennt man sie überdeutlich. Doch vor dem 11. September 2001 war es schwierig, die Folgen von Vorgängen wie dem Bombenanschlag auf das World Trade Center im Jahr 1993 oder dem Scheitern des amerikanischen Militäreinsatzes in Somalia im selben Jahr richtig einzuschätzen. Das waren ja geringfügige Ereignisse, die nach verbreiteter Ansicht nichts an der bestimmenden Realität der gegenwärtigen Ära

änderten: der scheinbar unangefochtenen Vorrangstellung der Vereinigten Staaten.

In den neunziger Jahren gewöhnten sich die Amerikaner auf Drängen von Politikern und Experten an die Vorstellung, dass ihr Land »die unentbehrliche Nation« sei. Mit der Unentbehrlichkeit waren sowohl Aufgaben als auch Vorrechte verbunden.

Die Hauptaufgabe bestand in der Leitung eines großen Projekts der politisch-ökonomischen Konvergenz und Integration, das gemeinhin als Globalisierung bezeichnet wird. Doch in Wirklichkeit diente die Globalisierung nur als Euphemismus für ein mildes, informelles Imperium. Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion schien sich eine Chance zu bieten, dieses Imperium auszuweiten und auf Dauer zu stellen und damit so etwas wie eine globale Pax Americana zu schaffen.

Das wichtigste, selbst angemäÙte Vorrecht der unentbehrlichen Nation bestand in der Schaffung und Durchsetzung der Normen für die Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges. Die Kontrolle eines Imperiums ist selbst unter günstigsten Umständen eine anstrengende Aufgabe, die nicht nur beträchtlichen Scharfsinn erfordert, sondern auch ein hohes Maß an Entschlossenheit. Die bevorzugte Methode der Amerikaner war, wo immer möglich, Überzeugungsarbeit. Doch im Notfall zögerte Washington nicht, Gewalt anzuwenden, wie seine zahlreichen militärischen Abenteuer während der neunziger Jahre zeigten.

Für die Führung des Imperiums bedurfte es, gleich, welcher Mittel man sich bediente, unerschöpflicher Reserven von wirtschaftlicher, politischer, kultureller, vor allem aber militärischer Macht. Dass diese Voraussetzung gegeben war, bezweifelte in den ersten Jahren nach dem

Ende des Kalten Krieges kaum jemand.³ Der Status der Vereinigten Staaten als »einzige Supermacht« schien unangreifbar zu sein. Ihre Dominanz war unumstritten und unzweideutig. Dies war kein nationalistisches Brusttrommeln – es war die gängige Meinung.

Wir müssen uns in Erinnerung rufen, wie Washington die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges und den Platz der USA in ihr (oder besser: über ihr) sah. Nur dann können wir begreifen, warum es den Politikern nicht gelang, die Terroranschläge vom 11. September 2001 vorherzusehen, durch Abschreckung zu unterbinden oder abzuwenden. Eine politische Elite, die ganz mit der Führung des Imperiums beschäftigt war, schenkte dem Schutz der Vereinigten Staaten wenig Beachtung. Für die Aufgabe der Landesverteidigung war vor dem 11. September praktisch niemand verantwortlich.

Die nominell als Verteidigungsministerium bezeichnete Institution tat faktisch nichts für die Verteidigung; sie hatte sich auf die Machtprojektion spezialisiert. Das Pentagon war im Jahr 2001 auf alle erdenklichen Eventualitäten auf dem Balkan, in Nordostasien oder am Persischen Golf gefasst. Aber es war nicht vorbereitet auf die Abwehr von Gefahren an der Ostküste des eigenen Landes. Gut ausgebildete und ausgerüstete US-Truppen standen bereit, Seoul oder Riad zu verteidigen; Manhattan blieb sich selbst überlassen.

Es mag seltsam klingen, aber in diesen Prioritäten kam ein Kernprinzip der nationalen Sicherheitspolitik zum Ausdruck: Wenn es darum ging, vitale amerikanische Interessen zu verteidigen, hatte die Wahrung der Kontrolle über die Peripherie des Imperiums Vorrang vor dem Schutz der eigenen Grenzen.

Nach dem 11. September bekräftigte die Regierung Bush dieses Kernprinzip. Zwar schusterte sie eine neue Behörde

zusammen, die für den »Heimatschutz« sorgen sollte, doch zugleich verdoppelte sie ihre Anstrengungen, die Pax Americana zu stabilisieren, und beauftragte das Verteidigungsministerium, sich vor allem dieser Aufgabe zu widmen. Das bedeutete, mit allen erforderlichen Mitteln – Überzeugungsarbeit, wo möglich, Gewalt, wenn nötig – dafür zu sorgen, dass die islamische Welt sich den vorgeschriebenen amerikanischen Normen fügte. Die Methoden der Führung des Imperiums, bis dahin eher sanft und konsensorientiert, wurden härter und stützten sich mehr auf Zwang.

Nach dem 11. September wurde der Krieg für die Vereinigten Staaten also offenbar zu einem Dauerzustand. Präsident George W. Bush und Mitglieder seines Kabinetts entwarfen einen Feldzug, der nach ihren Aussagen Jahrzehnte dauern konnte, wenn nicht länger. Diese Aussicht wurde auf der nationalen politischen Ebene von kaum jemandem infrage gestellt. Im Pentagon sprachen führende Militärs von einem »Generationen dauernden Krieg«, der sich sogar über ein Jahrhundert hinziehen könnte.⁴ Nur zwei Wochen nach dem 11. September belehrte Verteidigungsminister Donald Rumsfeld die Amerikaner, sie sollten »»Ausstiegsstrategien« vergessen; vor uns liegt ein langwieriges Engagement, dessen Ende nicht absehbar ist«.⁵

Die meisten Amerikaner begriffen zunächst nicht, was ein Krieg ohne Ausstieg und ohne absehbares Ende bedeutet. Für frühere Generationen in den USA waren Ländernamen wie Irak und Afghanistan gleichbedeutend gewesen mit europäischer kolonialistischer Unbesonnenheit – mit unbekanntem, abweisenden Gegenden, in denen allzu ehrgeizige Herrscher und leicht verrückte Abenteurer ihre Streitigkeiten austrugen. Für die gegenwärtige Generation

ist es bereits zu einer Selbstverständlichkeit geworden, dass GIs solche abgelegenen Gegenden unter großen Opfern zu befrieden versuchen. Wenn der Normalbürger in den Abendnachrichten hört, dass US-Soldaten in fernen Ländern gefallen sind, ist das für ihn kaum ungewöhnlicher als Meldungen über die Streiche der Parteien auf dem Kapitol oder über Waldbrände, die in Südkalifornien außer Kontrolle geraten sind.

Wie kam es eigentlich dazu, dass der lange Frieden endete und so rasch dem langen Krieg Platz machte? Die Amerikaner, die sich selbst als ein friedliches Volk verstehen, beharren darauf, dass die Konflikte, in die sie sich verwickelt sehen, ohne ihr Zutun entstanden sind – auch der »Globale Krieg gegen den Terror«. Von ihren wohlwollenden Absichten überzeugt, schieben sie die Verantwortung für Kriege reflexartig anderen in die Schuhe – meist finsternen, Hitler-ähnlichen Gestalten, die unerklärlicherweise entschlossen sind, uns den Frieden, den wir aufs Innigste ersehnen, zu verweigern.

Dieses Buch stellt besagte Annahme infrage. Es soll zeigen, dass die Taten von Saddam Hussein und Osama bin Laden, so böse sie auch sein mögen, nicht erklären können, warum die Vereinigten Staaten sich in einen scheinbar endlosen Konflikt verstrickt finden. Von Kritikern der amerikanischen Außenpolitik und speziell des Irakkrieges wurde eine Reihe alternativer Erklärungen vorgetragen – so hat man Präsident Bush, Mitglieder seines engeren Kreises, chauvinistische Neokonservative, gierige Erdölbosse oder gar die Israel-Lobby dafür verantwortlich gemacht. Aber auch diese Erklärungen reichen nicht hin. Es steht außer Frage, dass der Präsident und seine Berater wie auch die Neokonservativen (die keine Gelegenheit auslassen, die militärischen Muskeln Amerikas spielen zu

lassen) erhebliche Schuld an der misslichen Lage tragen, in der die USA sich derzeit befinden. Doch wer ihnen die vorrangige Verantwortung anlastet, schreibt ihnen eine historische Bedeutung zu, die sie nicht verdient haben. Das wäre so, als würde man Herbert Hoover für die Große Depression verantwortlich machen oder den McCarthyismus gänzlich auf die Possen von Senator Joseph McCarthy zurückführen.

Die Impulse, die die Nation in einen Krieg ohne Auswege und ohne absehbares Ende gestürzt haben, kommen von innen. Seit Jahrzehnten ist die amerikanische Außenpolitik eine nach außen gerichtete Manifestation innerstaatlicher Bestrebungen, Antriebe und Befürchtungen. In der Gegenwart ist sie zunehmend zum Ausdruck innergesellschaftlicher Funktionsstörungen geworden – ein Versuch, mit den Widersprüchen, die dem *American way of life* anhaften, fertig zu werden oder ihre Bewältigung zu vertagen. Ihren höchsten Ausdruck haben diese Widersprüche in dem permanenten Kriegszustand gefunden, unter dem die Vereinigten Staaten heute leiden.

Um ihre Folgen zu ermessen, müssen wir uns ihre Ursache vergegenwärtigen: Diese Widersprüche sind der angehäufte Abfall der Freiheit, Nebenprodukt eines besinnungslosen Strebens nach Leben, Freiheit und Glück. Die Freiheit ist der Altar, vor dem die Amerikaner beten, gleichgültig, welchem religiösen Glauben sie nominell angehören. »Niemand singt Oden an die Freiheit als den höchsten Zweck des Lebens mit größerer Inbrunst als die Amerikaner«, hat der Theologe Reinhold Niebuhr einmal bemerkt.⁶ Doch während die Amerikaner die Freiheit feiern, nehmen sie das Objekt ihrer Verehrung von einer kritischen Prüfung aus. Im öffentlichen Diskurs ist die Freiheit nicht so sehr ein Wort oder gar ein Wert als vielmehr eine Beschwörungsformel, deren bloße

Erwähnung ausreicht, um Zweifel zu unterdrücken und alle Debatten zu beenden.

Grenzen der Macht will zeigen, dass diese kritiklose Anbetung der Freiheit ein zweifelhafter Segen war. In ihrem Streben nach Freiheit sind die Amerikaner Verpflichtungen eingegangen und haben Schulden angehäuft, deren Erfüllung und Abtragung ihnen zunehmend schwerfällt. Besonders seit den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts hat die Freiheit selbst die Fähigkeit des Landes untergraben, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Die Vereinigten Staaten taumeln am Rande der Insolvenz, und in dem verzweifelten Bemühen, die Konten auszugleichen, verlassen sie sich auf ihre vermeintlich unbesiegbaren Streitkräfte. Doch auch damit riskieren sie den Bankrott, denn sie haben ihre militärische Macht überschätzt.

Die USA sehen sich heute von drei ineinandergreifenden Krisen bedroht. Die erste ist eine wirtschaftliche und kulturelle, die zweite eine politische, die dritte eine militärische. Allen drei Krisen ist gemeinsam, dass sie im eigenen Land entstanden sind. Bei der Einschätzung der daraus resultierenden Lage nehmen die Amerikaner eine, wie man sagen könnte, Niebuhr'sche Perspektive ein. Reinhold Niebuhr hat diese Lage vor Jahrzehnten mit unheimlicher Genauigkeit und verblüffendem Scharfsinn vorhergesehen. Vielleicht kann er deshalb eher als jede andere Persönlichkeit unserer jüngeren Geschichte helfen, einen Ausweg zu finden.

Als Pastor, Lehrer, Aktivist, Theologe und fruchtbarer Autor war Niebuhr von den Dreißigern bis in die sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts eine überragende Erscheinung des amerikanischen Geisteslebens. Als der hellstichtigste der amerikanischen Propheten verdient er noch heute Anerkennung. Aus der Vergangenheit zu uns

sprechend, trägt er Wahrheiten vor, die für die Gegenwart von größter Bedeutung sind. Niebuhr sprach von »unseren Träumen, zu Herren der Geschichte zu werden«, geboren aus einer eigentümlichen Mischung von Arroganz und Narzissmus, und als Prophet warnte er davor, dass sie zu einer tödlichen Gefahr für die Vereinigten Staaten werden könnten.⁷ Heute ignorieren wir diese Warnung – auf eigene Gefahr.

Über die Natur des Menschen, die Möglichkeiten der Politik oder die Formbarkeit der Geschichte machte Niebuhr sich keine Illusionen. Weltwirtschaftskrise, totaler Krieg, Genozid, Totalitarismus und Kernwaffenarsenale, die die gesamte Zivilisation vernichten können – das alles sah er mit einem unerschrockenen Blick, der keinen Raum ließ für Heuchelei, Schwindel oder Selbsttäuschung. Realismus und Demut, beide von tiefem christlichem Empfinden durchdrungen, prägten sein Weltbild.

Der so verstandene Realismus enthält die Verpflichtung, die Welt so zu sehen, wie sie ist, und nicht so, wie wir sie gerne hätten. Der Feind des Realismus ist die Hybris, die sich in Niebuhrs Zeit wie in unserer Gegenwart in einem übermäßigen Vertrauen äußert, die Macht Amerikas könne ein wirksames Instrument zur Umgestaltung der globalen Ordnung sein.

Die Demut erlegt den Amerikanern eine andere Verpflichtung auf. Sie verlangt von ihnen, sich selbst ohne Scheuklappen zu sehen. Der Feind der Demut ist die Scheinheiligkeit, aus der die Überzeugung erwächst, die amerikanischen Werte und Glaubensvorstellungen seien universal und die Nation selbst diene Zwecken, die ihr von der Vorsehung zugewiesen sind. Diese Überzeugung äußert sich in einer Entschlossenheit, die Welt nach dem Bilde Amerikas zu formen.

In unserer Gegenwart hat sich gezeigt, dass Realismus und Demut Mangelware sind. Eine Aussage Niebuhrs nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat sich nach dem Ende des Kalten Krieges als noch zutreffender erwiesen: Glück und scheinbare Überlegenheit, schrieb er, setzten die Vereinigten Staaten »den schwersten Versuchungen der Selbstbeweihräucherung« aus.⁸ Diesen Versuchungen haben sich die Amerikaner bereitwillig hingegeben. Hybris und Scheinheiligkeit sind die Hauptmerkmale der US-Außenpolitik. Sie haben nach dem 11. September die Regierung Bush zu dem Krieg ohne Auswege und ohne absehbares Ende getrieben.

Präsident Bush hat den heutigen Krieg gegen den sogenannten »Islamofaschismus« mit dem Krieg Amerikas gegen Nazideutschland verglichen – als einen großen Kampf für die Freiheit. Dass Bush seinen »Globalen Krieg gegen den Terror« begann, um die Freiheit Amerikas zu bewahren, trifft zweifellos zu. Dieses Engagement, mag es auch gut gemeint sein, lässt einige weiter gehende Fragen offen: Wie wird Freiheit heute verstanden und erlebt? Was ist ihr Inhalt? Welche Kosten entstehen durch die Ausübung der Freiheit? Wer zahlt?

Das sind grundlegende Fragen, die man nicht mit einer vielsagenden Geste abtun kann. Bedeutende Kriegspräsidenten – man denke vor allem an Abraham Lincoln und seine Rede in Gettysburg – haben sich nicht gescheut, solche Fragen direkt anzusprechen. Dass Präsident Bush von ihnen gar nichts zu wissen schien, war nur ein Symptom seiner Defizite als Staatsmann.

Freiheit ist nichts Feststehendes, und sie ist auch nicht unbedingt gutartig. Sie ist vielmehr in ständiger Entwicklung begriffen, schafft fortwährend neue Bedingungen und beseitigt überkommene Beschränkungen. Das allgemeine

Verständnis von Freiheit, das im Dezember 1941 herrschte, als die Vereinigten Staaten in den Krieg gegen das kaiserliche Japan und Nazideutschland eintraten, ist längst obsolet geworden. In mancher Hinsicht ist das unbedingt zu begrüßen, in anderer Hinsicht mag man es bedauern.

Die Veränderungen waren sowohl qualitativer als auch quantitativer Natur. In vielerlei Hinsicht sind die Amerikaner heute freier als jemals zuvor. Doch besonders seit den sechziger Jahren hat die Umdeutung der Freiheit Kultur und Gesellschaft verändert. Die Folge dieser Veränderung ist eine widersprüchliche Hinterlassenschaft. Unsere Wünsche und Erwartungen sind exponentiell gewachsen, soweit es um uns als Individuen geht. Niebuhr hat einmal missbilligend über die Amerikaner geschrieben, ihre Kultur sei »schwächlich und ordinär, weil sie Vergnügen mit Glück und Glück mit Annehmlichkeit gleichsetzt«. ⁹ Wenn Niebuhr heute noch lebte, würde er dieses Urteil vermutlich abändern, weil die Amerikaner Annehmlichkeit zunehmend mit Genusssucht gleichsetzen.

Die Fähigkeit der amerikanischen Volkswirtschaft, diese Begierden zu befriedigen, hat mit der Nachfrage nicht Schritt gehalten. Die Fortsetzung des Strebens nach Leben, Freiheit und Glück ist zunehmend von Bedingungen jenseits der nationalen Grenzen abhängig. Ob es um Erdöl, Kredit oder die Verfügbarkeit billiger Konsumgüter geht – wir erwarten, dass die Welt dem *American way of life* entgegenkommt.

Das daraus resultierende Anspruchsdenken hat weitreichende Folgen für die Außenpolitik. Um es auf den Punkt zu bringen: Nicht nur das Freiheitsverlangen der Amerikaner ist gewachsen, sondern auch ihr Hang zum Imperium. Zwischen diesen beiden Tendenzen besteht ein kausaler Zusammenhang. Früher haben die Amerikaner das

Imperium als Antithese zur Freiheit verstanden. Unter Präsident Bush ist das Imperium – nehmen wir nur die Bemühungen seiner Regierung um Vorherrschaft am erdölreichen Persischen Golf – anscheinend zu einer Voraussetzung der Freiheit geworden.

Es gibt einen weiteren Widerspruch: Die Art und Weise, wie die Amerikaner von ihrer Freiheit Gebrauch machen, trägt nicht mehr zur Gewährleistung jener Macht bei, derer es bedarf, um eine imperiale Ordnung zu errichten und zu erhalten. Eher trifft das Gegenteil zu: Dem Konsum und der individuellen Autonomie dienend, trägt der Gebrauch der Freiheit zur allmählichen Erosion der nationalen Macht bei. Genau in dem Moment, da die Fähigkeit zur Ausübung von Macht – speziell von militärischer Macht – zur unerlässlichen Bedingung für die Bewahrung der amerikanischen Freiheit geworden ist, gehen die Machtreserven der Nation zur Neige.

Man sieht das zum Beispiel an der Aushöhlung des Inhalts von Staatsbürgerschaft durch die gestiegenen Ansprüche auf individuelle Autonomie. Aus den Verpflichtungen des Bürgers von gestern sind Optionen des Bürgers geworden. Was einst als Pflicht galt – dass man sich etwa in Zeiten großer Gefahr zur Verteidigung des Landes meldete –, ist heute der persönlichen Entscheidung anheimgestellt. Als Individuen erwarten die Amerikaner ständig mehr. Als Mitglieder einer Gemeinschaft, speziell einer nationalen Gemeinschaft, ziehen sie es vor, weniger beizutragen.

Derweil erwies sich die politische Führung Amerikas – besonders auf der nationalen Ebene – als unfähig (oder nicht willens), das Problem anzugehen, dass wir uns mehr wünschen, als wir uns leisten können. Eine Regierung nach der anderen hat mit Unterstützung des Kongresses durch ungebremste Ausgaben eine sich anbahnende Krise der

Verschuldung und der Abhängigkeit vertieft. Auf den Hinweis, dass Steuersenkungen möglicherweise nicht mit der Invasion im Irak zusammenpassen, erklärte Bushs Vizepräsident Dick Cheney, der sich selbst einen Konservativen nennt: »Defizite spielen keine Rolle.«¹⁰ Politiker beider Parteien verhalten sich selbstverständlich so, als spielten sie tatsächlich keine Rolle.

Erwartungen, dass die Außenwelt dem *American way of life* dienstbar sein sollte, sind an sich nicht neu. Doch seit dem 11. September wurden die Forderungen der Vereinigten Staaten dringlicher. In dieser Hinsicht hatte der neokonservative Schriftsteller Robert Kagan sicherlich recht mit der Bemerkung, dass »Amerika sich am 11. September nicht geändert hat. Es ist nur mehr es selbst geworden.«¹¹ Nach den Anschlägen auf das World Trade Center und das Pentagon verteidigte Washington nur noch entschiedener den Standpunkt, dass nichts das Streben des einzelnen Amerikaners nach Leben, Freiheit und Glück stören dürfe. Diese Haltung äußerte sich in der Mit-uns-oder-gegen-uns-Rhetorik der Regierung Bush, in ihrer Geringschätzung der Vereinten Nationen und der traditionellen Verbündeten Amerikas, in der Missachtung des Völkerrechts und vor allem in ihrer Bejahung des Präventivkrieges.

In seiner zweiten Antrittsrede erklärte Bush, dass das »Überleben der Freiheit in unserem Land zunehmend vom Erfolg der Freiheit in anderen Ländern abhängt«. Damit reklamierte er für die USA als Hauptvertreter der Freiheit faktisch das Vorrecht, Krieg zu führen, wann und wo immer sie es für angebracht hielten – schließlich würden diese Kriege ja ausdrücklich im Namen der Freiheit geführt. So verstanden, konnte der »lange Krieg« tatsächlich als ein Krieg gelten, der für die Bewahrung des *American way of life* (im Sinne eines bestimmten Freiheitsbegriffs) geführt

wurde, und zugleich als ein Krieg zur Erweiterung des amerikanischen Imperiums (im Sinne der Träume von einer nach dem Bilde Amerikas umgestalteten Welt). Dabei wurde weithin vorausgesetzt, dass das Erste das Zweite bedingt.

Doch wie die Ereignisse zeigten, waren die Vereinigten Staaten schlecht darauf vorbereitet, einen globalen Krieg ohne Auswege und ohne absehbares Ende zu führen. Der einzigen Supermacht fehlten die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Ressourcen, um einen großangelegten Konflikt längere Zeit durchzuhalten, ohne sich zumindest schweren wirtschaftlichen und politischen Schaden zuzufügen. Die Macht Amerikas hat Grenzen, und für aus Hybris und Scheinheiligkeit erwachsene Ambitionen reicht sie nicht aus.

Dies war der zentrale Widerspruch der Bush-Ära: Während es die Verteidigung der amerikanischen Freiheit zu erfordern schien, dass amerikanische Soldaten in Ländern wie Irak und Afghanistan kämpfen, untergrub der Gebrauch dieser Freiheit daheim die Kampffähigkeit des Landes. Ein großer Basar ist keine ausreichende Basis, um darauf ein ausgedehntes Imperium zu errichten.

Ein hartnäckiges Bestreben, die Sache militärisch durchzuziehen, setzte jedoch die Freiheit daheim aufs Spiel. Da die Amerikaner selbst in Kriegszeiten nicht bereit waren, ihre Ansprüche zu zügeln, verschärfte der »lange Krieg« die wirtschaftlichen Widersprüche, die fortwährend Schulden und Abhängigkeit hervorbrachten. Ein permanenter Notstand der nationalen Sicherheit verschlimmerte überdies die Störungen unseres politischen Systems, weil er der Exekutive erlaubte, immer mehr Kompetenzen zu Lasten des Kongresses an sich zu ziehen und die Verfassung zu untergraben. Insofern war der »lange Krieg« selbstschädigend und irrational.

Niebuhr hat einmal geschrieben: »Es gehört zu den bedrückendsten Aspekten der menschlichen Geschichte, dass jede Zivilisation sich genau dann auf die anmaßendste Weise darstellt, ihre partiellen und universalen Werte auf die überzeugendste Weise vorträgt und für ihre endliche Existenz Unsterblichkeit beansprucht, wenn der Niedergang, der zum Tode führt, bereits eingesetzt hat.«¹² Künftige Generationen von Historikern könnten den Ausspruch Niebuhrs dereinst als bündige Erklärung für die Torheit anführen, die die Vereinigten Staaten in den »langen Krieg« trieb.

Die Last dieser Torheit hatte ganz unmittelbar der Soldat zu tragen. US-Soldaten in Kampfanzug und Panzerweste, von den Amerikanern angeblich bewundert und unterstützt, zahlten den Preis für die kollektive Weigerung des Landes, sich mit der Funktionsstörung seines politischen Systems auseinanderzusetzen. Diese Störung wird nirgendwo so deutlich wie im heutigen Zustand des Militärs. Nach sieben Jahren der Konfrontation mit dem radikalen Islam sehen sich die Vereinigten Staaten mit zu viel Krieg für zu wenige Krieger konfrontiert – und es besteht keine Aussicht, die zusätzlich erforderlichen Soldaten aufzubieten, um die Lücke zu schließen. Zu der wirtschaftlichen und der politischen Krise, welche die Amerikaner so geflissentlich zu ignorieren versuchten, gesellt sich jetzt nämlich eine heraufziehende militärische Krise.

Der Irakkrieg verdient volle Aufmerksamkeit als die klarste Manifestation dieser drei Krisen: An ihm zeigt sich, dass sie unauflöslich miteinander verquickt sind und sich gegenseitig verstärken. Dieser Krieg war von Anfang an überflüssig. Er ist seit langem eine vergebliche Mühe; nur die Verblendeten und die Unredlichen wollen das nicht sehen. Was aber von

noch größerer Bedeutung ist: Er ist kontraproduktiv und aussichtslos.

Doch ironischerweise könnte sich noch herausstellen, dass der Irak der Anfang der Rettung Amerikas war. Für die Nation wird durch den andauernden Krieg deutlich, dass sie ihr Haus in Ordnung bringen muss. Der Irakkrieg hat gezeigt, dass ihre verschwenderischen Gewohnheiten nicht durch militärische Macht aufrechtzuerhalten sind. Der Tag der Abrechnung rückt näher. Das Leben von noch mehr amerikanischen Soldaten aufs Spiel zu setzen, nur um diesen Tag hinauszuschieben, wäre grundfalsch. Über ein Volk, das an der Aussicht auf einen endlosen bewaffneten Konflikt so lange nichts auszusetzen hat, wie es selbst von den Auswirkungen verschont bleibt, wird die Geschichte nicht freundlich urteilen. Und sie wird nicht wohlwollend über eine Wählerschaft richten, die die politische Macht einer Führung anvertraute, die sich keine Alternative zum permanenten Krieg vorzustellen vermochte.

Statt darauf zu bestehen, dass die Welt den Vereinigten Staaten gefällig zu sein hat, müssen die Amerikaner ihr Schicksal wieder in die eigenen Hände nehmen; sie müssen ihre Abhängigkeit beenden und ihre imperialen Wahnvorstellungen aufgeben. Sie müssen – und das wird ihnen noch schwerer fallen – die wirtschaftliche, politische und militärische Krise zum Anlass nehmen, genau zu überprüfen, was Freiheit eigentlich heißt. Soldaten können diese Aufgaben nicht erfüllen, und auch von den Politikern sollten wir das nicht erwarten. Es sind die Bürger selbst, denen die Last der Verantwortung zufällt.

1. Die Krise der Verschwendungssucht

Was Jefferson 1776 in der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten festschrieb, nämlich ein Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück, steht auch heute noch im Zentrum von Amerikas Zivilreligion. Diese Trinität fasst das gemeinsame Erbe der Amerikaner zusammen, sie definiert ihre Bestrebungen, und sie ist der Maßstab für ihre Einflussnahme jenseits der nationalen Grenzen.

Wenn Amerikaner noch immer die Empfindungen teilen, die in Jeffersons Text ihren Niederschlag fanden, so hat sich ihr Verständnis dieser »unveräußerlichen Rechte« mit der Zeit doch radikal verändert. Einzelne Amerikaner nutzen ihre Freiheit heute für viele vernünftige Tätigkeiten. Die einen lesen, schreiben, malen, schaffen Skulpturen, komponieren und spielen Musik. Andere bauen, restaurieren und bewahren. Wieder andere besuchen Theaterstücke, Konzerte und Sportereignisse, gehen in ihr örtliches Multiplex, schicken einander eine SMS nach der anderen und nehmen teil an »Gemeinschaften« von Gleichgesinnten in einer stetig wachsenden Vielfalt virtueller Welten. Daneben verfolgen sie unzählige Hobbys, gehen zur Kirche, zahlen ihren Zehnten und kümmern sich in löblich großer Zahl um die Bedürfnisse derer, die weniger Glück gehabt haben. Doch all das allein definiert nicht das Wesen des US-Amerikaners im 21. Jahrhundert.

Müsste man diese Identität durch ein einzelnes Wort charakterisieren, so wäre es das Wort *mehr*. Das Wesen von Leben, Freiheit und Streben nach Glück besteht heute für die meisten Amerikaner in einem unablässigen persönlichen Streben nach Erwerb, Konsum, Genuss und dem Abwerfen

aller Fesseln, die dabei hinderlich sein könnten. Ein Autoaufkleber, eine sarkastische Devise und ein Slogan der Woodstock-Generation haben Jeffersons Trinität in die moderne Umgangssprache übersetzt: »Sieger ist, wer die meisten Spielsachen mit ins Grab nimmt«; »Kauf ein bis zum Umfallen!«; »Tu, was dir gefällt«.

Es wäre irreführend zu behaupten, jeder Amerikaner habe vor dieser Ethik der Selbstbefriedigung kapituliert. Noch gibt es Widerstand gegen ihre Forderungen, und zwar in den unterschiedlichsten Formen. Doch die Andersdenkenden, die gegen den Hang der Amerikaner zu Konsum und Maßlosigkeit anzukämpfen versuchen, führen ein Nachhutgefecht, tapfer, aber ohne Aussicht, die Tendenz umzukehren. Die Ethik der Selbstbefriedigung hat sich als bestimmendes Merkmal des *American way of life* fest etabliert. Diese Tatsache muss man einfach anerkennen, gleichgültig, ob man sie bedauert oder bejubelt.

Die kulturellen und darüber hinaus moralischen Folgen dieser Entwicklung sind von anderen beschrieben, analysiert und in der Regel beklagt worden.¹ Doch kaum jemand hat sich der Frage gewidmet, wie sich die Gier der Amerikaner nach »mehr« auf die Beziehungen der Vereinigten Staaten zur übrigen Welt ausgewirkt hat. Dabei hat unsere gegenwärtige Neigung zu Konsum und Maßlosigkeit fast nur negative außenpolitische Folgen. Das Bemühen, eine ständig steigende Verbrauchernachfrage zu befriedigen, hat in den letzten sechzig Jahren eine tiefe Abhängigkeit erzeugt. Die USA mögen zwar noch der mächtigste Staat sein, den die Welt je gesehen hat, doch die Amerikaner sind nicht mehr Herren ihres eigenen Schicksals.

Die Ethik der Selbstbefriedigung gefährdet das Wohl der Vereinigten Staaten. Nicht etwa deshalb, weil die Amerikaner den Bezug zur legendären puritanischen